Forum-Gewerberecht | Spielrecht | Britische Opposition will das Glücksspiel nach den Wahlen neu ordnen

Autor	Beitrag

Autor	Beitrag
schindel 29.11.2019 09:36	Politiker der oppositionellen Labour-Partei und der Liberaldemokraten haben angekündigt, das Glücksspiel im Falle eines Sieges bei den am 12. Dezember stattfindenden Wahlen schärfer zu regulieren. Deshalb streben sie eine Änderung des Glücksspielgesetzes an. Am Donnerstag veröffentlichte die Labour-Partei ein Manifest, in dem sie ihre Forderungen an die künftige Behandlung des Glücksspielsektors zusammenfasst. Oberstes Gebot sei dabei ein verbesserter Schutz der britischen Spieler, so die Verfasser. Ein Gesetz für das “digitale Alter” Kernpunkt der Forderungen ist die Novelle des britischen Glücksspielgesetzes, des 2005 in Kraft getretenen Gambling Acts. Kritiker werfen dem Gesetz vor, dass es die Spieler nicht ausreichend schütze und dass die Zahl der pathologischen Spieler seit Jahren immer weiter angestiegen sei. Als einen der Hauptgründe hat Labour den technischen Fortschritt und die Verbreitung des Online Glücksspiels ausgemacht. Die fast allgegenwärtige Verfügbarkeit des Spiels sei 2005 noch nicht abzusehen gewesen, weshalb es “fit für das digitale Alter” gemacht werden müsse. Spielsucht eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit Die Partei fordert zudem, dass Spielsucht künftig als gesellschaftliches Gesundheitsproblem eingestuft werden müsse. Auf diese Weise könne den Betroffenen wirksamer geholfen werden: Wir werden durch Drogen verursachte Todesfälle, alkoholbedingte Gesundheitsprobleme und die negativen Auswirkungen des Spiels als Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheit adressieren, die mit erweiterten Services zur Suchtbekämpfung behandelt werden. Darüber hinaus sei es auf diese Weise möglich, die Bevölkerung effektiver auf die mit dem Spiel verbundenen Gefahren hinzuweisen. Allerdings gibt das Positionspapier keine detaillierten Handlungsanweisungen, um einen besseren Spielschutz umzusetzen. Konkreter werden die Labour-Politiker bei der möglichen Beteiligung der Belegschaft an den Glücksspielkonzernen: Die Partei will den Angestellten von britischen Großunternehmen, zu denen auch Konzerne wie GVC Holdings oder Flutter Entertainment zählen, Anteile an ihren Unternehmen zusichern. Demnach sollen 10 % der Unternehmen in Fonds für Angestellte einfließen, damit diese effektiver an den Gewinnen der Firmen beteiligt würden. Die Labour-Forderungen gehen weit über die Bestimmungen der derzeit gültigen Glücksspielgesetze hinaus. Mit ihrem Schritt gehen die Politiker dabei auf Konfrontationskurs zu einem Gesetz, das sie 2005 selbst mit auf den Weg gebracht haben. Liberaldemokraten stellen ebenfalls Forderungen In dieser Woche äußerte sich jedoch nicht nur die Labour-Partei zum Glücksspiel, denn auch die Liberaldemokraten gingen in diesem Bereich in die Initiative. Dabei geht es den Politikern von Großbritanniens drittstärkster Partei ebenfalls um die Schaffung von Maßnahmen für einen wirksameren Spielerschutz. Dies geht aus einem am Mittwoch veröffentlichtes Manifest der Partei hervor, das unter Leitung der schottischen Abgeordneten Jo Swinson entstand. So solle künftig für sämtliche Glücksspielanbieter eine Zwangsabgabe eingeführt werden, mit der Erforschung, Aufklärung und Behandlung der Spielsucht finanziert werden

Autor	Beitrag
	könne. Weitere Ziele der Liberaldemokraten sind dem Statement zufolge die Einschränkung von Glücksspielwerbung zum Schutz gefährdeter Spieler sowie ein Verbot von Kreditkarten als Zahlungsmittel, um eine Überschuldung der Betroffenen zu verhindern. Ein besonderes Anliegen der Politiker ist der Pferderennsport, bei dem sie insbesondere Verbesserungen beim Tierwohl erreichen möchten. Der Grund: Unter den aktuellen Bestimmungen seien die Pferde zu wenig geschützt, erklären die Verfasser in ihrem Positionspapier. Deshalb solle eine neue, unabhängige Regulierungsinstanz geschaffen werden, um die Kontrolle der Pferderennen von der British Horseracing Authority (BHA) zu übernehmen und die Gesundheit der Tiere stärker in den Fokus zu rücken. In dem Statement heißt es dazu: Das Ziel lautet, die Misshandlung und vermeidbare Todesfälle von Rennpferden zu verhindern. Mit ihrer Forderung nach einer Ablösung der BHA provozierten die Politiker umgehend Widerspruch. So erklärte ein BHA-Sprecher, dass die Maßnahme nicht geeignet sei, die ohnehin schon bestehenden “hohen Fürsorgestandards im britischen (Pferde)Rennsport zu verbessern.” Es bleibt abzuwarten, welche der Forderungen der beiden Oppositionspartien nach dem Wahlgang im Dezember umzusetzen sind. Die wichtigste Voraussetzung wäre, dass zumindest eine von ihnen an der kommenden Regierung beteiligt sein wird. https://www.casinoonline.de/nachrichten/britische-opposition-will-das-gluecksspiel-nach-den-wahlen-neu-ordnen-31694/

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH